

PRESSEMITTEILUNG der Fraktion im Kreistag des Odenwaldkreises

## **Zukunft Odenwald: FDP-ZBK**

### **„Der Kreis lebt vom Dispo“ – Zukunft Odenwald: FDP-ZBK lehnt Haushalt 2026 ab**

Oppositionsfraktion kritisiert Verschiebehaushalt, Investitionsstau, steigende Belastungen für Kommunen und zusätzliche politische Führungsebene

*Erbach, Bad König, 23.06.2026*

Die Kreistagsfraktion Zukunft Odenwald: FDP-ZBK wird dem Haushalt des Odenwaldkreises für das Jahr 2026 nicht zustimmen. Nach Auffassung der Fraktion verbessert sich die finanzielle Lage des Kreises lediglich auf dem Papier, während die strukturellen Probleme ungelöst bleiben.

Fraktionsvorsitzender Moritz Promny erklärt:

„Der Landrat hat in seiner Haushaltsrede das Bild eines Waldes verwendet und dazu aufgerufen, unter die Oberfläche zu schauen. Genau das haben wir getan. Und unter der Oberfläche sehen wir keinen gesunden Wald mit vorübergehenden Problemen. Wir sehen einen Landkreis, dessen finanzielle Wurzeln zunehmend geschwächt werden.“

Zwar sinke das geplante Defizit gegenüber dem Vorjahr deutlich. Die Verbesserung beruhe jedoch vor allem auf Einmaleffekten, Rücklagenverrechnungen und verschobenen Investitionen.

„Dieser Haushalt ist kein Sanierungshaushalt. Er ist ein Verschiebehaushalt. Die Probleme werden nicht gelöst, sondern vertagt – auf die kommenden Jahre, auf die Städte und Gemeinden und letztlich auf die Bürgerinnen und Bürger“, so Promny.

Besonders kritisch bewertet Zukunft Odenwald: FDP-ZBK die Entwicklung der Liquidität des Landkreises.

„Der negative Zahlungsmittelbestand steigt weiter an. Die Zahlungsfähigkeit des Kreises wird zunehmend durch Liquiditätskredite gesichert. Man muss die Dinge beim Namen nennen: Der Kreis lebt inzwischen vom Dispo“, erklärt Kreistagsabgeordneter Frank Hofferbert.

Die Fraktion verweist zugleich auf die schwierigen Rahmenbedingungen für die kommunale Ebene. Der bundesweite Aktionstag „Kommunen am Limit“ habe deutlich gemacht, dass Städte, Gemeinden und Landkreise bundesweit unter steigenden Sozialausgaben, zusätzlichen Aufgaben und unzureichender Gegenfinanzierung durch Bund und Länder leiden.

„Viele Belastungen entstehen durch Entscheidungen von Bund und Land. Gerade deshalb müssen die vorhandenen Mittel konsequent priorisiert werden. Wer Kommunen am Limit beklagt, darf nicht gleichzeitig neue finanzielle Belastungen schaffen, die nicht zwingend notwendig sind“, so Hofferbert weiter.

Kritisch sieht die Fraktion auch die Entwicklung der Kreis- und Schulumlage. Zwar bleibe der Hebesatz 2026 formal unverändert bei 58 Prozent. Gleichzeitig stiegen die Umlagegrundlagen deutlich an. Darüber hinaus sehe das Haushaltssicherungskonzept bereits ab 2027 weitere Umlageerhöhungen vor.

„Die Umlage bleibt nur auf dem Papier stabil. Für viele Städte und Gemeinden steigen die Belastungen bereits heute. Die eigentliche Rechnung kommt dann in den kommenden Jahren“, erklärt Kreistagsabgeordneter Steffen Urich.

Sorge bereitet der Fraktion zudem die Entwicklung bei Investitionen und Infrastruktur.

„Der Eigenbetrieb Bau- und Immobilienmanagement warnt selbst vor einem Betrieb auf Verschleiß. Wer notwendige Investitionen in Straßen, Gebäude und Infrastruktur verschiebt, spart nicht – er verlagert Kosten in die Zukunft. Das ist keine nachhaltige Haushaltspolitik“, so Urich.

Auch beim Gesundheitszentrum Odenwald sieht Zukunft Odenwald: FDP-ZBK weiterhin erhebliche Risiken.

„Niemand stellt die Bedeutung einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung infrage. Aber Jahr für Jahr neue Verluste und neue Finanzhilfen können kein dauerhaftes Konzept ersetzen. Beim GZO braucht es endlich eine belastbare Zukunftsstrategie statt weiterer Hoffnung“, betont Promny.

Besonders kritisch bewertet die Fraktion die geplante Schaffung einer weiteren hauptamtlichen Kreisbeigeordnetenstelle.

„Der Landkreis fordert Sparsamkeit von Bürgern, Kommunen und Verwaltung. Gleichzeitig wird eine zusätzliche politische Spitzenposition geschaffen. Bis heute fehlt eine nachvollziehbare organisatorische und finanzielle Begründung. Das ist das falsche Signal zur falschen Zeit“, erklärt Promny.

Gemeinsam mit ÜWG und Bündnis 90/Die Grünen habe die Fraktion deshalb beantragt, vor einer Wahl zunächst eine transparente organisatorische und finanzielle Bewertung vorzulegen.

Abschließend erklärt die Fraktion:

„Unter der Oberfläche finden wir einen Kreis, der vom Dispo lebt, einen Haushalt, der Probleme verschiebt statt löst, eine Umlage, die nur scheinbar stabil ist, einen wachsenden Investitionsstau und ein Gesundheitszentrum ohne belastbare Zukunftsstrategie. Die Baumkrone dieses Haushalts mag etwas grüner aussehen. Die

Wurzeln werden jedoch schwächer. Deshalb können wir diesem Haushalt nicht zustimmen.“